

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Regina Kittler (LINKE)**

vom 25. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Januar 2021)

zum Thema:

**Otto-Nagel-Gymnasium in Biesdorf – Konflikte mit der Nachbarschaft?**

und **Antwort** vom 09. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Feb. 2021)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Regina Kittler (Die Linken)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26321**

**vom 25. Januar 2021**

**über Otto-Nagel-Gymnasium in Biesdorf – Konflikte mit der Nachbarschaft?**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:  
Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz von Berlin obliegt es den bezirklichen Schulträgern, die äußeren Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen in der Schule zu schaffen. Dies beinhaltet den Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulstandorte.

Die Schriftliche Anfrage betrifft daher auch Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat das Bezirksamt (BA) Marzahn-Hellersdorf von Berlin um Zulieferung gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und in Abstimmung mit der Schulaufsicht dem Senat mit nachfolgenden Aussagen übermittelt wurden.

1. Welche Beschwerden aus der Anwohnerschaft sind dem Bezirksamt und dem Senat hinsichtlich fehlenden Lärmschutzes oder anderer Art bzgl. des Otto-Nagel-Gymnasiums bekannt?

Zu 1.:

Zuarbeit aus der Abt. Schule, Sport, Jugend und Familie des BA Marzahn-Hellersdorf

- a) Bürgerbeschwerde wegen Errichtung eines Modulare Ergänzungsbaus (MEB) und der Geräuschbelästigung durch die Schülerschaft
- b) Bürgerbeschwerde zum Standort Turnhallenbau
- c) Bürgerbeschwerde zum Baulärm im Zusammenhang mit dem Schulerweiterungsbau und Errichtung MEB
- d) Bürgerbeschwerde über ein Mitglied des Abgeordnetenhauses (MdA)  
– Beschwerde der Anwohnerschaft zu Baumaßnahmen am Otto-Nagel-Gymnasium – Baulärm, Zerstörung der Straße und des Gehweges, Behinderung der Grundstückseinfahrt, fehlendes Lärmschutzkonzept für die Bürgerinnen und Bürger

- e) Petition im Zusammenhang mit dem Schulerweiterungsbau, Errichtung MEB, Bürgerbeteiligung und Maßnahmen zum Lärm- und Sichtschutz  
– Petentin auch bei c) Absenderin
- f) Bürgerbeschwerde über MdA – Beschwerde der Anwohnerschaft zu fehlendem Sichtschutz

Zuarbeit aus der Abt. Wirtschaft, Straßen und Grünflächen des BA Marzahn-Hellersdorf

Lärmbeschwerden liegen dem Ordnungsamt nicht vor.

Es gibt aus den Jahren: 2017/2018/2019 lediglich sechs Hinweise auf mangelnde Straßenreinigung (1), Änderung verkehrsbehördlicher Anordnungen (2) und Parkverstöße (3).

2. Wie wurde den Beschwerden nachgegangen und welche Lösungsmöglichkeiten wurden erörtert?

Zu 2.:

Zuarbeit aus der Abt. Schule, Sport, Jugend und Familie des BA Marzahn-Hellersdorf

- a) Der Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie hat alle Anwohnerinnen und Anwohner zu einer Anwohnerversammlung zum Schulerweiterungsbau am Otto-Nagel-Gymnasium am 13. Februar 2020 eingeladen und offene Fragen beantwortet.
- b) Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass der Sporthallenneubau weder auf den vorhandenen noch auf den, durch den Brückenneubau hinzukommenden Flächen, errichtet werden kann.
- c) Erläuterung der notwendigen Bauarbeiten mit dem Hinweis, dass die zeitlichen Vorgaben und Lärmwerte nicht überschritten worden sind und die Errichtung rechtmäßig ist. Ebenso wurde darauf verwiesen, dass die Schulplätze im Gymnasialbereich im Bezirk nicht ausreichend sind und die Errichtung zwingend notwendig war.
- d) Beantwortung: Baulärm bei Baumaßnahmen ist unvermeidbar und immer mit mehr oder weniger starken Beeinträchtigungen für die direkt nebenan Wohnenden verbunden. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) zum Schutz gegen Baulärm regelt die maximalen Immissionsrichtwerte. Es kann davon ausgegangen werden, dass die dort vorgegebenen maximalen Immissionsrichtwerte eingehalten worden sind. Ein Lärmschutzkonzept für Baumaßnahmen sieht der Gesetzgeber hier nicht vor. Die angezeigten Zerstörungen an Gehweg und Straße werden, wenn vorher noch nicht beschädigt und im Pflasterprotokoll erfasst, soweit erforderlich wiederhergestellt.
- e) Hinweis auf die ständig wachsenden Schülerzahlen und die fehlenden Schulplatzkapazitäten; Hinweis auf die Informationsveranstaltung vom Februar 2020, Mitteilung zur Errichtung des MEB durch das Land Berlin – weiter siehe Punkt d). Grundsätzlich wurde möglichst wenig Bewuchs entfernt. Nach Ende der Vegetationsperiode erfolgt eine Bepflanzung mit Sträuchern und Bäumen. Mit Schreiben vom 15. September 2020 wurde der Petentin mitgeteilt, dass in 2021 über die Berliner Schulbauoffensive Finanzmittel zur Gestaltung des Schulhofes zur Verfügung stehen und die Hinweise der Petentin, wenn möglich, Berücksichtigung finden.

- f) Die Überprüfung ergab, dass die Bepflanzung mit Sträuchern und Bäumen vorgenommen wird.

Zuarbeit aus der Abt. Wirtschaft, Straßen und Grünflächen des BA Marzahn-Hellersdorf

Mangelnde Straßenreinigung: Abgabe an den Fachbereich Objektmanagement des BA Marzahn-Hellersdorf.

Verkehrsbehördliche Anordnungen: Abgabe an den Bereich Straßenverkehrsbehörde (SVB) des BA Marzahn-Hellersdorf.

Parkverstöße: Bearbeitung durch den Außendienst des Ordnungsamtes.

3. Welche Maßnahmen sind diesbezüglich am Standort Otto-Nagel-Gymnasium geplant, um die Situation für Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern?

Zu 3.:

Zuarbeit aus der Abt. Schule, Sport, Jugend und Familie

- a) Die Bauarbeiten sind abgeschlossen. Somit entfällt die Belästigung durch Baulärm. Der „Lärm“ der Schülerschaft muss üblicherweise von den nebenan Wohnenden hingenommen werden.
- b) Es gibt keine Alternativmöglichkeiten.
- c) Siehe Antwort zu a).
- d) Siehe Antwort zu a).
- e) Siehe Antwort zu a); gleichwohl erfolgt die Prüfung eines „grünen“ Sichtschutzes – das Ergebnis ist noch offen.
- f) An der Längsseite des Gebäudes zur Mozartstraße wird der vorhandene Baum um drei weitere Bäume ergänzt. An der Südseite des Grundstückes wird zu der direkten Nachbarschaft der vorhandene Baumbestand um eine frei wachsende Hecke ergänzt.

Berlin, den 9. Februar 2021

In Vertretung  
Beate Stoffers  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie